

Verkündungsblatt

der Hochschule Hamm-Lippstadt – Amtliche Mitteilungen

Jahrgang 15

Hamm/Lippstadt, den 31. Oktober 2023

Seite 47

Nr. 15

7. Änderungsordnung der Einschreibungsordnung der Hochschule Hamm-Lippstadt vom 29.03.2011 in der Fassung vom 16.10.2023

Aufgrund der §§ 2 Abs. 4 S. 1 und 48 Abs. 1 S. 2 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) vom 16.09.2014 (GV. NW S. 547), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. August 2023 (GV. NW S. 1072), hat der Senat der Hochschule Hamm-Lippstadt am 16.10.2023 folgende 7. Änderung und Neufassung der Einschreibungsordnung erlassen:

§ 1 Einschreibung

- (1) Wer sich für ein Studium bewirbt, wird auf Antrag durch die Einschreibung und für die Dauer der Einschreibung Mitglied der Hochschule Hamm-Lippstadt mit den daraus folgenden, im Hochschulgesetz NRW (HG NRW), in der Grundordnung sowie den anderen maßgeblichen Ordnungen und Satzungen der Hochschule näher beschriebenen Rechten und Pflichten (Immatrikulation).
- (2) Eine Studienbewerberin oder ein Studienbewerber ist einzuschreiben, wenn er oder sie die erforderliche Qualifikation und, sofern erforderlich, die sonstigen Zugangsvoraussetzungen nachweist und kein Einschreibungshindernis vorliegt.
- (3) Die Einschreibung erfolgt für einen Studiengang oder für mehrere Studiengänge, für den oder für die die Voraussetzungen nach Absatz 2 erfüllt sind. Einschreibungen für gleichzeitig mehrere Studiengänge, für die eine Zulassungsbeschränkung mit Auswahlverfahren besteht, durch das Studienbewerberinnen und Studienbewerber vom Erststudium ausgeschlossen werden, können nur erfolgen, wenn dies wegen einer für den berufsqualifizierenden Abschluss vorgeschriebenen Studiengangkombination erforderlich ist (§ 48 Abs. 2 HG NRW).
- (4) Mit der Einschreibung wird die Mitgliedschaft in der Hochschule erworben. Wird zwischen Hochschulen ein gemeinsamer Studiengang im Sinne des § 77 Absatz 1 Satz 3 HG NRW vereinbart, so wird die Studienbewerberin oder der Studienbewerber entsprechend der Vereinbarung an einer der beteiligten Hochschulen eingeschrieben.
- (5) Die jeweiligen Fachprüfungsordnungen geben an, ob der Studiengang auch als Teilzeitstudium absolviert werden kann. Die dort festgelegte Regelstudienzeit bestimmt sich anhand der Wahl der Studierenden.

Bei der Einschreibung bzw. innerhalb der Rückmeldefrist wählen die Bewerberinnen und Bewerber ggfs. zwischen dem Hörerstatus Vollzeit- und Teilzeitstudium.

Bei einem Wechsel des Status während des Studiums wird die Regelstudienzeit angepasst und vorherige Semester entsprechend angerechnet. Wird die Teilzeitvariante gewählt, dann hat das Teilzeitstudium eine Mindestdauer von einem Jahr (zwei Semester). Wird nach einer ungeraden Anzahl von Semestern der Wechsel zur Vollzeitvariante beantragt und gewährt, so wird das letzte Semester als Vollzeitsemester gewertet.

Werden innerhalb eines Teilzeitstudienjahres mehr als 36 Leistungspunkte erworben, wird der Studienstatus nachträglich in ein Vollzeitstudium abgeändert.

Voraussetzung für die Einschreibung in Teilzeit bzw. für den Wechsel in ein Teilzeitstudium ist die Beantragung innerhalb der Einschreibe- bzw. Rückmeldefristen unter Beifügung des Nachweises über die Teilnahme an einer auf das Studium in Teilzeit ausgerichteten individuellen Studienberatung durch die zentrale Studienberatung.

Ein Wechsel zwischen Vollzeit- und Teilzeitstudium kann zwei Mal vorgenommen werden. Wird danach ein weiterer Wechsel beantragt, so ist ein besonders wichtiger Grund anzugeben, der den nochmaligen Wechsel unabdingbar macht.

- (6) Die Hochschule kann von den Bewerberinnen und Bewerbern die personenbezogenen Daten, die zur rechtmäßigen Erfüllung der in ihrer Zuständigkeit liegenden Aufgaben erforderlich sind, sowie für Zwecke der Gesetzgebung und Planung im Hochschulbereich die Erhebungsmerkmale gemäß § 3 Absatz 1 Nrn. 1 und 2 des Hochschulstatistikgesetzes vom 2. November 1990 (BGBl I S. 2414) in der jeweiligen Fassung erheben. Das Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten (Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen – DSGVO) vom 9. Juni 2000 (GV. NW. S. 542) in der jeweils gültigen Fassung bleibt unberührt.
- (7) Die elektronischen Daten werden im Rechenzentrum der Verwaltung gespeichert. Die Hochschule ist berechtigt, die Speicherung durch Dritte vornehmen zu lassen unter Beachtung der nordrhein-westfälischen datenschutzrechtlichen Vorgaben zur Auftragsdatenverarbeitung.
- (8) Eine anonymisierte Verarbeitung der einzelnen Daten zu Planungszwecken ist möglich.
- (9) Minderjährige erlangen mit der Einschreibung die Befugnis, im Rahmen ihres Studiums alle verwaltungsrechtlichen Handlungen vorzunehmen; dies gilt auch für die Nutzung von Medien und Angeboten der Hochschule.
- (10) Die Einschreibung in einen Masterstudiengang kann befristet werden, wenn die Studienbewerberin oder der Studienbewerber nicht die erforderliche Mindestanzahl von ECTS-Punkten nachweisen kann und gemäß der jeweiligen Fachprüfungsordnung die Möglichkeit hat, innerhalb einer festzusetzenden Frist die fehlenden Punkte nachzuholen. Über die Frist und die zu belegenden Module entscheidet der Prüfungsausschuss nach Vorschlag der Studiengangsleiterin bzw. des Studiengangsleiters. Erreicht die Studienbewerberin oder der Studienbewerber die geforderte Mindestanzahl an Punkten nicht innerhalb der festgesetzten Frist, erlischt die Zulassung mit Ablauf der Frist. Die Studienbewerberinnen und Studienbewerber sind über den Verlust der Immatrikulation schriftlich in Kenntnis zu setzen.

§ 2 Voraussetzungen der Einschreibung

- (1) Die Qualifikation für ein Studium wird durch ein Zeugnis der allgemeinen oder fachgebundenen Hochschulreife, der Fachhochschulreife, oder durch eine

als gleichwertig anerkannte Vorbildung nachgewiesen.

- (2) Die Qualifikation für ein Masterstudium wird in der Regel durch einen berufsqualifizierenden Abschluss nachgewiesen, auf den der Masterstudiengang aufbaut. Soweit eine Ordnung dies bestimmt, setzt der Zugang zu einem Masterstudiengang einen vorausgegangenen qualifizierten Abschluss voraus. Neben den Zugangsvoraussetzungen im Sinne des § 49 Abs. 1 bis 6 HG NRW können weitere studiengangbezogene Voraussetzungen im Sinne des § 49 Abs. 7 und 8 HG NRW nachzuweisen sein. Näheres regelt die entsprechende Prüfungsordnung.

Die Hochschule kann das Studium bereits vor dem Erwerb der Zugangsvoraussetzungen nach Absatz 2 Sätze 2 bis 4 eröffnen, wenn die erforderlichen Zugangsvoraussetzungen spätestens innerhalb der von der Hochschule gesetzten Frist nach Aufnahme des Masterstudiums nachgewiesen werden. Abschlüsse von akkreditierten Bachelorausbildungsgängen an Berufsakademien sind Bachelorabschlüssen von Hochschulen gleichgestellt, § 49 Absatz 7 Satz 2 HG NRW.

- (3) Wer sich ohne den Nachweis der vorgeschriebenen Qualifikation für ein Studium bewirbt, kann unter den Voraussetzungen der aufgrund von § 49 Abs. 6 HG NRW erlassenen Rechtsverordnung (in der beruflichen Bildung Qualifizierte) eingeschrieben werden.
- (4) Für Studiengänge, in denen Zulassungszahlen festgesetzt sind, setzt die Einschreibung den Nachweis über die Zuweisung eines Studienplatzes voraus. Dieser Nachweis ist entbehrlich, wenn die Einschreibung unter Einstufung in ein höheres Fachsemester beantragt wird, für das Zulassungszahlen nicht festgesetzt sind, sofern die Anerkennung von entsprechenden Studienzeiten sowie Studien- und Prüfungsleistungen nach Maßgabe der Prüfungsordnung nachgewiesen wird. Die notwendigen Feststellungen trifft die in der jeweiligen Prüfungsordnung vorgesehene Stelle.

§ 3 Verfahren

- (1) In nicht zulassungsbeschränkten Studiengängen kann die Hochschule eine Bewerbungsfrist festsetzen. In zulassungsbeschränkten Studiengängen muss der Zulassungsantrag innerhalb der durch Rechtsverordnung festgesetzten Frist bei der zuständigen Stelle eingegangen sein. Wer die jeweilige Frist versäumt oder den Antrag nicht formgerecht stellt, wird vom weiteren Verfahren ausgeschlossen. Die in Satz 1 und 2 genannten Fristen werden auf den Internetseiten und durch Aushang des Studiendenservice bekannt gegeben.
- (2) Die Einschreibung für einen Studiengang erfolgt auf Antrag der Studienbewerberin oder des Studienbewerbers innerhalb der von der Hochschule oder einer anderen zuständigen Stelle gesetzten Frist. Der Antrag kann auch mittels des im Internet von der Hochschule Hamm-Lippstadt zur Verfügung gestellten Online-Formulars gestellt werden. Für den Antrag kann eine bestimmte Form vorgeschrieben werden. Für den Vollzug der Einschreibung ist in der Regel persönliches Erscheinen erforderlich. Über Ausnahmen in besonders begründeten Einzelfällen (z.B. Krankheit) entscheidet die Hochschule. Sofern ein Studiengang im Jahresrhythmus angeboten wird, ist ein Antrag auf Einschreibung in ein höheres Fachse-

mester nur zulässig, wenn für das betreffende Semester ein ausreichendes Lehrangebot besteht. Form und Frist der Antragstellung werden rechtzeitig bekannt gegeben.

- (3) Zur Einschreibung sind folgende Unterlagen einzureichen:
1. der ausgefüllte Antrag auf Einschreibung. Mit dem Antrag auf Einschreibung werden die Erhebungsmerkmale gemäß § 3 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Hochschulstatistikgesetzes vom 2. November 1990 (BGBl. I S.2414) in der jeweils geltenden Fassung und folgende personenbezogene Daten gemäß § 1 Abs. 6 erhoben: Nachname, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Postanschrift, Ort/Staat des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung, Art und Datum der Hochschulzugangsberechtigung, Note der Hochschulzugangsberechtigung, die jeweils gewählten Studiengänge mit den zugehörigen Fächern und Fachsemestern, Art des Studiums, Form des Studiums, Hörerstatus, Fachsemester, Hochschulsemester, Urlaubssemester, die Zugehörigkeit zur Fachschaft und zur Fakultät/Department, Bezeichnung einer gleichzeitig besuchten weiteren Hochschule und Semester der Einschreibung, Bezeichnung der Hochschule der Erstimmatrikulation, bereits abgelegte Prüfungen, Art und Dauer eines Auslandsstudiums und das Datum der Einschreibung;
 2. von ausländischen oder staatenlosen Studienbewerberinnen und Studienbewerbern, die ihre Hochschulzugangsberechtigung nicht an einer deutschsprachigen Schule bzw. durch entsprechende Prüfungen erlangt haben, der Nachweis der für ihren Studiengang bzw. ihr Studienvorhaben erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache. Die erforderlichen Kenntnisse belegen die Bewerberinnen und Bewerber durch nachfolgende Zertifikate oder qualitativ vergleichbare Nachweise:
 - Deutsches Sprachdiplom der KMK, Stufe 2
 - DSH-Zeugnis (Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang), Abschluss mit mindestens DSH 2 - TestDaF (Test Deutsch als Fremdsprache), für den Hochschulzugang muss in allen vier Prüfungsteilen mind. Niveaustufe TDN 4 (=bestanden) erreicht werden
 - Prüfung durch ein Studienkolleg zur Feststellung der Eignung ausländischer Studienbewerber für die Aufnahme eines Studiums an wissenschaftlichen Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland. Die Kenntnisse müssen studiengangsbezogen nachgewiesen werden:
 - W-Kurs: für wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge
 - T-Kurs: für technische und mathematisch-naturwissenschaftliche Studiengänge
 - M-Kurs: für medizinische, biologische, land- und forstwirtschaftliche Studiengänge
 - G/S-Kurs: für geisteswissenschaftliche, sprachliche und künstlerische Studiengänge
 - GDS (Großes Deutsches Sprachdiplom) des Goethe-Instituts - Zeugnis über die bestandene
 - Prüfung Telc Deutsch C1 Hochschule

- 2a. Für nicht rein deutschsprachige Studiengänge gelten die in den Prüfungsordnungen festgelegten sprachlichen Voraussetzungen.
3. die für den Nachweis der Qualifikation erforderlichen Zeugnisse sowie in den Fällen des § 2 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2, 3 und 4 die erforderlichen Zeugnisse oder Belege im Original oder in beglaubigter Fotokopie. Ausländische Zeugnisse sind im Original- nebst Kopie - vorzulegen; in begründeten Ausnahmefällen genügt die Vorlage von Fotokopien oder Abschriften der ausländischen Zeugnisse, die der Beglaubigung durch die deutsche diplomatische oder konsularische Vertretung im Herkunftsland oder durch die diplomatische Vertretung des Herkunftslandes in der Bundesrepublik Deutschland bedürfen; fremdsprachigen Zeugnissen oder Bescheinigungen ist grundsätzlich eine Übersetzung in deutscher oder englischer Sprache beizugeben, deren Richtigkeit durch die zuständige deutsche diplomatische oder konsularische Vertretung im Herkunftsland oder durch eine vereidigte Dolmetscherin oder einen vereidigten Dolmetscher oder eine vereidigte Übersetzerin oder einen vereidigten Übersetzer in der Bundesrepublik Deutschland beglaubigt ist; soweit zu bestimmten Zeugnissen durch das Ministerium für Schule und Weiterbildung eine besondere Bestätigung der Echtheit verlangt wird, ist diese nachzuweisen,
4. in zulassungsbeschränkten Studiengängen der Bescheid über die Zuweisung eines Studienplatzes (Zulassungsbescheid) oder der Nachweis gemäß § 2 Abs. 4,
5. in zulassungsbeschränkten Studiengängen der Nachweis über das bisherige Studium unter Beifügung einer Bescheinigung über die Exmatrikulation, sofern das bisherige Studium im Geltungsbereich des Grundgesetzes absolviert wurde,
6. ggf. Nachweise über die Anrechnung von Studienzeiten durch die zuständigen Prüfungsausschüsse oder Prüfungsämter,
7. bei Beantragung eines Studienbeitragsdarlehens der vollständig ausgefüllte und unterschriebene Antrag auf ein Studienbeitragsdarlehen; für Studienbewerber und Studienbewerberinnen, die danach die Voraussetzungen für die Gewährung eines Darlehens erfüllen, gilt die Zahlung des Studienbeitrags als erbracht,
8. eine Erklärung darüber, ob und ggf. welche Prüfungen oder Leistungsnachweise, die in Studien- und/oder Prüfungsordnungen vorgesehen sind, im Geltungsbereich des Grundgesetzes teilweise oder endgültig nicht bestanden wurden,
9. der Nachweis über die Zahlung zu entrichtender Gebühren und Beiträge.
10. der Nachweis über das Bestehen einer Krankenversicherung oder die Befreiung hiervon gemäß den gesetzlichen Vorschriften über die studentische Krankenversicherung,
11. die gemäß der Ordnung über den Hochschulzugang für in der beruflichen Bildung Qualifizierte der Hochschule Hamm-Lippstadt erforderlichen Nachweise,
12. ein Lichtbild im Passbildformat mit dem jeweiligen Namen auf der Rückseite, die die jeweilige Identität zum Zeitpunkt der Antragstellung erkennen lassen;

er wird zum Zweck der Erstellung eines Studierendenausweises im Campusmanagementsystem eingescannt und verarbeitet,

13. der Personalausweis oder Reisepass, bei ausländischen und staatenlosen Personen der Reisepass oder ein entsprechendes Ersatzdokument.
- (4) Mit der Immatrikulation erhalten die Studierenden einen Studierendenausweis und das Semesterticket der Deutsche Bahn AG. Der Studierendenausweis steht im Eigentum der Hochschule Hamm-Lippstadt und das Semesterticket im Eigentum der Bahn. Beide sind nach Ablauf des Gültigkeitsdatums sowie bei Exmatrikulation an die Hochschule zurückzugeben. Die erhobenen und zugeordneten Daten werden von der Hochschule automatisiert gespeichert und vom Studierendenservice zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben verarbeitet. Die Studierenden erhalten ferner eine Bibliotheksbenutzernummer, durch das Zentrum für Wissensmanagement eine durch ein Passwort geschützte Benutzerkennung, die den Zugang zu den elektronischen Diensten der Hochschule ermöglicht, sowie eine persönlich zugeordnete E-Mailadresse und ein elektronisches Postfach.
- (5) Zum Nachweis der Immatrikulation werden eine Immatrikulationsbescheinigung, ein Studierendenausweis und Studienbescheinigungen ausgestellt.
- (6) Die Hochschule kann nach Rücksprache mit dem Präsidium die Teilnehmerzahl für ein weiterbildendes Studium begrenzen, wenn dies wegen der Aufnahmefähigkeit oder der Art oder des Zwecks des Studiums erforderlich ist. Übersteigt die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber, die die Zugangsvoraussetzungen erfüllen (abgeschlossenes Hochschulstudium oder im Beruf oder auf andere Weise erworbene Eignung), die Aufnahmefähigkeit, wird der Teilnehmerkreis durch Los bestimmt.

§ 3 a Zulassung ausländischer Austauschstudierender

- (1) Bei einer Einschreibung von Studienbewerberinnen und Studienbewerbern, die ein Studium im Heimatland betreiben und im Zusammenhang mit dieser Ausbildung ein zeitlich begrenztes Studium ohne Abschluss an der Hochschule Hamm-Lippstadt durchführen wollen, kann auf den Nachweis des Abschlusses einer auf das Studium vorbereitenden Schulbildung, eines ersten berufsqualifizierenden Abschlusses oder einer als gleichwertig anerkannten Vorbildung (§ 49 Absatz 1 HG NRW) verzichtet werden.
- (2) Vom Nachweis der Sprachkenntnisse durch eine Sprachprüfung gemäß § 3 Absatz 3 Ziffer 2 dieser Ordnung sind die Studienbewerberinnen und Studienbewerber befreit. Nach Maßgabe der vorhandenen Möglichkeiten können diese, befristet für maximal 4 Semester, zugelassen werden. Diese Bewerberinnen und Bewerber legen eine von der Heimathochschule ausgestellt Bestätigung vor, die eine sprachliche Studierfähigkeit bescheinigt.

§ 3 b Studienbewerberinnen und Studienbewerber ohne ausreichende Zugangsberechtigung nach § 49 Absatz 1 bis 4 HZG

Studienbewerberinnen und Studienbewerber, die nicht über eine Zugangsberechtigung im Sinne des § 49 Abs. 1 bis 4 HZG verfügen, jedoch über den Nachweis des erfolgreichen Besuchs einer Bildungseinrichtung im Ausland, die zu einem Studium dort berechtigt, können im Sinne des § 49 Absatz 5 HZG eine

Zugangsprüfung absolvieren, mit der die fachliche Eignung und die methodischen Fähigkeiten für das angestrebte Studium an der Hochschule Hamm-Lippstadt nachgewiesen werden. Nähere Einzelheiten zum Verfahren und zur Zulassung, Zuständigkeiten, Formen, Fristen und Auswahl regelt die Ordnung über die Zulassung von Bewerbungen mit internationalen Bildungsnachweisen an der Hochschule Hamm-Lippstadt.

§ 3 c Übermittlung von Daten

Eine Übermittlung von Daten erfolgt nach Maßgabe des Landesdatenschutzgesetzes, wobei sich der Umfang der Übermittlung nach dem für die jeweilige Aufgabenstellung unerlässlich notwendigen Rahmen richtet, regelmäßig und auf berechnete Anforderung

- a) an das zentrale Rechenzentrum für sämtliche IT-Dienste (Dezernat 5 Sachgebiet 5.2 und Zentrum für Wissensmanagement) zum Zwecke der Verwaltung der Zugangsberechtigungen zu den Mediendiensten der Hochschule (hier private E-Mail-Adresse, Nachname, Vorname, Geschlecht, Status der Immatrikulation, Studiengangs-, Semester- und Kurszugehörigkeit);
- b) an das Zentrum für Wissensmanagement zum Zwecke der Verwaltung der Bibliotheksnutzung (hier Nachname, Vorname, Geschlecht, Standortzugehörigkeit, Adresse, Geburtsdatum, Matrikelnummer, Status der Immatrikulation);
- c) an die Studierendenschaft zum Zwecke der Durchführung von Wahlen und Abstimmungen für ein Wählerverzeichnis;
- d) auf berechnete Anforderung des Präsidiums des Studierendenparlaments an dieses die Mitteilung, ob ein Mitglied des Studierendenparlaments oder dessen Vertretung noch eingeschrieben ist;
- e) auf Anforderung nach erfolgter Exmatrikulation an das Zentrum für Lehrmanagement, Bereich Career und Alumni Services, zum Zwecke der Bekanntmachung des Alumni-Netzwerks der Hochschule Hamm-Lippstadt (hier Nachname, Vorname, Geschlecht, Studiengang, Postanschrift, private E-Mail-Adresse); die Daten werden für die Dauer von zwei Jahren gespeichert und nach Ablauf dieser Zeit vollständig gelöscht, sofern die Alumna oder der Alumnus nicht zwischenzeitlich dem Alumni-Netzwerk der Hochschule Hamm-Lippstadt beigetreten ist und demgemäß in der Beitrittserklärung in die dauerhafte Speicherung und Verwendung ihrer oder seiner Daten eingewilligt hat;
- f) auf Anforderung an das zuständige Sachgebiet des Dezernates 1 (anonymisierte Daten) zur Durchführung von internen Evaluationsmaßnahmen. Sie dürfen dort vorübergehend verarbeitet werden, solange dies für die Erfüllung der Aufgaben erforderlich ist;
- g) mit Einwilligung an die NRW.Bank für den Zweck der Darlehensvergabe im Zusammenhang mit der Erhebung von Studienbeiträgen nach dem Studienbeitrags- und Hochschulabgabengesetz (StBAG) im dafür erforderlichen Umfang (hier Nachname, Vorname, Geburtsname, Geburtsort, Geburtsdatum, Familienstand, Telefonnummer, Bankverbindung, Postanschrift, Matrikelnummer, Angaben zu Geschäftsverbindungen oder gesellschaftsrechtlichen Verbindungen zur NRW-Bank);
- h) jeweils nur nach erfolgter Immatrikulation und Exmatrikulation an die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung für Studierende (hier lediglich Nachname, Vorname, Postanschrift, Geburtsdatum, Immatrikulations- bzw. Exmatrikulationsdatum gemäß der Studentenkrankenkassen-Meldeverordnung (SKV-MV) vom 27. März 1996 (BGBl. I. S. 678) in der jeweils aktuellen Fassung;
- i) bezogen auf die Erhebungsmerkmale nach dem HStatG an den Landesbetrieb „Information und Technik Nordrhein-Westfalen“ (IT NRW);
- j) bezogen auf Studierendendaten enthaltene Datenträger (z.B. Studierendenausweis) an die zur Vernichtung/Zerstörung und Entsorgung zuständige Stelle der Hochschule;
- k) die Hochschule Hamm-Lippstadt kann im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben einzelne datenverarbeitende Systeme auslagern (Hosting);
- l) an die jeweils durch die Departmentleitung persönlich Beauftragten der Departments der Hochschule zum Zwecke der Organisation, Durchführung und Kontrolle der Sicherheitsunterweisungen in den Laboren und Schulungsräumen (hier: Nachname, Vorname, E-Mail-Account, Bibliotheksausweisnummer). Bei Namensdopplungen wird zur Identifizierung zusätzlich die Matrikelnummer direkt beim Studierenden erfragt;
- m) in jedem Semester an das Zentrum für Lehrmanagement zum Zwecke der Durchführung der Lehrveranstaltungsevaluation (hier studentische E-Mail-Adresse); die Auswahl und Sortierung der Daten erfolgt auf Grundlage der Prüfungsanmeldungen;
- n) nach erfolgter Exmatrikulation an das Zentrum für Lehrmanagement zum Zwecke der Durchführung von Absolventenbefragungen im Rahmen des Kooperationsprojektes Absolventenstudien, an dem die Hochschule Hamm-Lippstadt gemäß Vereinbarung mit dem Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen teilnimmt (hier Name, Vorname, ggf. Geburtsname, Titel, Geschlecht, Postadresse, private E-Mail-Adresse, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit, Studiengang, Abschlussart, Abschlussdatum, Fachsemester, Hochschulsemester, Abschlussnote). Eine Weiterleitung der Daten (hier Geschlecht, Geburtsjahr, Staatsangehörigkeit (nur Deutsch, Deutsch + andere, nur andere), Studiengang, Abschlussart, Abschlussdatum, Abschlussnote) erfolgt an das Institut, das durch das Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen mit der technischen Durchführung der Absolventenbefragung im Rahmen des Kooperationsprojektes Absolventenstudien beauftragt wurde. Die Daten beziehen sich jeweils auf einen im Rahmen des Projektes spezifizierten, zu befragenden Absolventenjahrgang und werden für die Dauer des Projektzeitraums gespeichert und anschließend vollständig gelöscht;
- o) im Rahmen des Prüfungsrechtsverhältnisses an Anbieter von E-Learningplattformen zur Verifizierung des Studierendenstatus die dafür notwendigen Daten (Name, Vorname, hochschuleigene studentische Email-Adresse);
- p) nach erfolgreicher Immatrikulation an das Zentrum für Lehrmanagement zum Zwecke der Durchführung der Studierendenbefragung im Rahmen des Kooperationsprojektes „Die Studierendenbefragung in

Deutschland“, an dem die Hochschule Hamm-Lippstadt gemäß Vereinbarung mit dem Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen teilnimmt (hier Name, Vorname, Geschlecht, HSHL-E-Mail-Adresse, Studiengang).

Die Daten beziehen sich jeweils auf eine im Rahmen des Projekts spezifizierte, zu befragende Studierendengruppe und werden für die Dauer des Projektzeitraums gespeichert und anschließend vollständig gelöscht.

§ 4 Versagung der Einschreibung

- (1) Die Einschreibung ist außer im Falle der fehlenden Qualifikation oder fehlender Nachweise gemäß § 3 Abs. 3 Nr. 2 zu versagen,
 - a) wenn die Studienbewerberin oder der Studienbewerber in einem zulassungsbeschränkten Studiengang nicht zugelassen worden ist oder die Zulassung in einem zulassungsbeschränkten Studiengang aufgrund falscher Angaben widerrechtlich erfolgt ist,
 - b) wenn in dem gewählten Studiengang an einer Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes eine nach der Prüfungsordnung erforderliche Prüfung endgültig nicht bestanden wurde; dies gilt entsprechend für Studiengänge, die eine erhebliche inhaltliche Nähe zum gewählten Studiengang aufweisen, soweit dies in Prüfungsordnungen bestimmt ist.
- (2) Die Einschreibung kann versagt werden, wenn die Studienbewerberin oder der Studienbewerber
 - a) durch Krankheit die Gesundheit anderer Hochschulmitglieder gefährden oder den ordnungsgemäßen Studienbetrieb erheblich beeinträchtigen würde. Vor der Entscheidung soll der betreffenden Person Gelegenheit gegeben werden nachzuweisen, dass der Versagungsgrund nicht besteht,
 - b) aufgrund einer psychischen Krankheit oder geistigen oder seelischen Behinderung unter Betreuung steht,
 - c) die für die Einschreibung vorgeschriebenen Formen und Fristen nicht beachtet hat,
 - d) den Nachweis über die Zahlung der zu entrichtenden Gebühren und Beiträge nicht erbringt; Ausnahmen sind hinsichtlich des Studierendenschaftsbeitrages in sozialen Härtefällen zulässig,
 - e) bereits an einer anderen Hochschule eingeschrieben ist.

§ 5 Mitwirkungspflichten

- (1) Studierende sind verpflichtet, der Hochschule unverzüglich mitzuteilen
 1. Änderungen von Namen, Postanschrift und Staatsangehörigkeit,
 2. bestandene und endgültig nicht bestandene Prüfungen sowie den Verlust des Prüfungsanspruchs,

3. den Verlust des Studierendenausweises und des Semestertickets,
4. die Aufnahme eines weiteren Studiums an einer anderen Hochschule,
5. eine meldepflichtige Krankheit.

- (2) Studierende sind verpflichtet, Erklärungen abzugeben, die ihre Studienbeitragspflicht und die Ausnahmen und Befreiungen von dieser Pflicht sowie Beitragsermäßigungen oder einen Beitragserlass nach § 8 Abs. 1-4 StBAG i.V.m. der Studienbeitragssatzung der Hochschule Hamm-Lippstadt in der jeweils geltenden Fassung betreffen.
- (3) Die Studierenden, Studienbewerberinnen und Studienbewerber sind grundsätzlich verpflichtet, bei den in der Hochschule eingesetzten automatisierten Verwaltungsabläufen und Verfahren mitzuwirken. Dazu gehört insbesondere die Teilnahme an automatisierter Bewerbung, Einschreibung, Modulbelegung, Prüfungsanmeldung und Evaluation sowie an weiteren Verfahren zur Organisation des Studiums. Grundlage dafür ist die aktive Nutzung des Campusmanagementsystems mittels des persönlichen Nutzeraccounts und der nach der Einschreibung vergebenen E-Mail-Adresse. Die entsprechenden Sicherheitsregelungen sind zu beachten. § 3a Abs. 1 VwVfG NRW bleibt unberührt.

Bei bestimmten, in den jeweiligen Fachprüfungsordnungen genannten Modulen und Veranstaltungen kann an die Stelle der Modulmeldung über das Campusmanagementsystem ein von den Departments festgelegtes Anmeldeverfahren treten. Näheres dazu regeln die entsprechenden Prüfungsordnungen oder Modulauswahlordnungen.

§ 6 Exmatrikulation

- (1) Studierende sind zu exmatrikulieren, wenn
 - a) sie dies beantragen,
 - b) die Einschreibung durch Zwang, arglistige Täuschung oder Bestechung herbeigeführt wurde,
 - c) in dem Studiengang eine nach der Prüfungsordnung erforderliche Prüfung endgültig nicht bestanden oder zur Prüfung endgültig nicht mehr zugelassen werden kann,
 - d) der Bescheid über die Zuweisung eines Studienplatzes während des Vergabeverfahrens von der für die Zuweisung zuständigen Stelle zurückgenommen worden ist.
- (2) Nach Aushändigung des Zeugnisses über die bestandene Abschlussprüfung ist die oder der Studierende zum Ende des laufenden Semesters zu exmatrikulieren, es sei denn, dass eine weitere Hochschulbildung das Weiterbestehen der Einschreibung erfordert.
- (3) Studierende können exmatrikuliert werden, wenn
 - a) nach der Einschreibung Tatsachen bekannt werden und noch fortbestehen oder eintreten, die zur Versagung der Einschreibung hätten führen müssen oder die zur Versagung der Einschreibung führen können,
 - b) sie, ohne beurlaubt zu sein, das Studium nicht aufnehmen oder sich nicht zurückmelden,
 - c) sie die zu entrichtenden Gebühren und

- Beiträge trotz Mahnung und Fristsetzung mit Androhung der Maßnahme nicht entrichten; Ausnahmen sind hinsichtlich des Studierendenschaftsbeitrages in sozialen Härtefällen möglich,
- d) sie oder er die Erfüllung der Verpflichtungen nach dem Sozialgesetzbuch gegenüber der zuständigen Krankenkasse nicht nachweist,
 - e) mehrfache oder sonstige schwerwiegende Täuschungsversuche bei Prüfungen vorliegen, § 63 Absatz 5 Satz 6 HG NRW,
 - f) sie oder er ihren oder seinen Anspruch auf Teilnahme an einer nach der Prüfungsordnung erforderlichen Prüfung verloren hat, ihr oder sein Wohn- oder Aufenthaltsort nicht ermittelt werden kann.
- (4) Dem Antrag auf Exmatrikulation nach Absatz 1 Buchstabe a sind beizufügen:
1. das ausgefüllte Exmatrikulationsformular,
 2. ggf. Bescheinigungen über die Entlastung von Verbindlichkeiten gegenüber Hochschuleinrichtungen beziehungsweise Nachweise über die Einzahlung zu entrichtender Gebühren und Beiträge und der Studierendenausweis und das Semesterticket sowie eventuell für das laufende Semester bereits ausgehändigte Studienbescheinigungen.
- (5) Nach erfolgter Exmatrikulation werden die personenbezogenen Daten der exmatrikulierten Studierenden aus dem Register der eingeschriebenen Studierenden für zwei Jahre inaktiv geschaltet. Erfolgt keine erneute Einschreibung, werden die notwendigen Daten gespeichert. Nicht relevante Daten werden gelöscht. Zum Zweck der Auskunftserteilung an exmatrikulierte Studierende werden nach erfolgter Exmatrikulation die folgenden personenbezogenen Daten exmatrikulierter Studierender vom Studierendenservice und dem Prüfungsmanagement gespeichert und genutzt: Nachname, Vorname, Geschlecht, Matrikelnummer, Geburtsdatum, Postanschrift, Studiengänge mit Fach- und Hochschulsemesteranzahl, Einschreibedatum, Exmatrikulationsdatum und Grund der Exmatrikulation.

Die an das Zentrum für Wissensmanagement übermittelten Daten der exmatrikulierten Studierenden werden in einem automatisierten Prozess unter Berücksichtigung gängiger Wartezeiten gelöscht. Aus technischen Gründen verbleiben die ZfW-Zugangskennung (HSHL - E-Mail-Adresse) und die zugehörigen generierten Nutzerschlüssel (LDAP-Key, sAMAccountName) dauerhaft in den Systemen des ZfW und der Bibliothek. Ein direkter Personenbezug lässt sich aus diesen Daten nicht ableiten.

- (6) Mit schriftlicher Einwilligung der Studierenden können auch nach erfolgter Exmatrikulation die folgenden Daten zur Nutzung der Dienstleistungen des Zentrums für Wissensmanagement als externe Bibliotheksnutzer von der Hochschule Hamm-Lippstadt zeitlich unbefristet gespeichert und genutzt werden: Anrede, Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Postanschrift, private E-Mail - Adresse.
- (7) Die Bestimmungen des Verwaltungsverfahrensgesetzes NRW über die Rücknahme und den Widerruf von Verwaltungsakten finden auf die Exmatrikulation

entsprechende Anwendung, soweit das Hochschulgesetz keine abweichende Regelung vorsieht. Über die Exmatrikulation erhalten Studierende auf Antrag einen Nachweis, welcher erst nach Rückgabe des Studierendenausweises und des Semestertickets ausgegeben wird. Mit der Exmatrikulation erlischt die Mitgliedschaft an der Hochschule. Wird die Exmatrikulation wegen nicht erfolgter Rückmeldung ausgesprochen, tritt die Wirkung der Exmatrikulation mit dem letzten Tag des Semesters ein, zu dem die oder der Studierende sich eingeschrieben, beziehungsweise letztmalig zurückgemeldet hat. Bei einer Exmatrikulation auf Antrag (§ 6 Abs. 1 Buchstabe a) erfolgt diese zu dem beantragten Zeitpunkt innerhalb des laufenden Semesters, eine rückwirkende Exmatrikulation ist nicht möglich. Eine Exmatrikulation wegen nicht gezahlter Studiengebühren und Beiträge tritt zum letzten Tag des Semesters ein, in welchem die Gebühren und Beiträge letztmalig gezahlt wurden. Wird kein Exmatrikulationszeitpunkt festgelegt, erlischt die Mitgliedschaft zur Hochschule mit Zugang des Exmatrikulationsbescheids.

§ 7 Rückmeldung

- (1) Eingeschriebene Studierende, die ihr Studium nach Ablauf des Studienhalbjahres (Semesters) an der Hochschule in demselben Studiengang fortsetzen wollen, müssen sich innerhalb der von der Hochschule gesetzten Frist zurückmelden. Die jeweilige Rückmeldefrist wird in geeigneter Form (Aushänge, Internetseiten der Hochschule Hamm-Lippstadt) bekannt gegeben.
- (2) Eine Rückmeldung liegt vor, wenn die Gebühren und Beiträge innerhalb der in Abs. 1 genannten Frist ordnungsgemäß auf dem Konto der Hochschule eingegangen sind. Die Rückmeldung von Darlehensbeziehern erfolgt durch den Eingang der Zahlung des festgesetzten Semesterbeitrags.
- (3) Bei Änderungen der gemäß § 3 Abs. 3 Nr. 1 erhobenen Daten ist dies innerhalb der in § 3 Abs. 1 genannten Frist schriftlich anzuzeigen.

§ 8 Beurlaubung

- (1) Eine Beurlaubung vom Studium kann auf Antrag gewährt werden, wenn ein wichtiger Grund nachgewiesen wird.
- (2) Wichtige Gründe sind insbesondere:
 - a. Krankheit oder Schwangerschaft (bei Vorlage einer ärztlichen Bescheinigung, aus der sich ergibt, dass ein ordnungsgemäßes Studium nicht möglich ist), die verhindern, dass erwartete Studienleistungen in dem betreffenden Semester erbracht werden können,
 - b. Ableistung des freiwilligen Wehrdienstes oder des Zivildienstes (bei Vorlage des entsprechenden Bescheides), eines Freiwilligen Ökologischen Jahres oder eines Freiwilligen Sozialen Jahres,
 - c. Studium an einer ausländischen Hochschule oder Sprachschule (bei Vorlage eines geeigneten Nachweises), soweit dies nicht in der jeweils einschlägigen Fachprüfungsordnung vorgesehen ist,
 - d. Abwesenheit vom Hochschulort im Interesse der Hochschule oder wegen Mitarbeit an einem Forschungsvorhaben,

- e. Ableistung eines Praktikums, das dem Studienziel dient,
 - f. Wahrnehmung des Erziehungsrechts von eigenen Kindern bis zur Einschulung im Sinne des § 25 Abs. 5 BAföG,
 - g. Verbüßen einer Freiheitsstrafe,
 - h. Pflege oder Versorgung von Ehegatten, eingetragenen Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern oder eines in gerader Linie Verwandten oder ersten Grades Verschwägerten, wenn diese oder dieser pflege- oder versorgungsbedürftig ist,
 - i. für Spitzensportlerinnen und Spitzensportler aus sportlichen Gründen bzw. zur Teilnahme an wichtigen Meisterschaften
 - j. Geltendmachung sonstiger wichtiger Gründe von gleicher Bedeutung.
- (3) Die Beurlaubung erfolgt jeweils für die Dauer eines Semesters. Eine Beurlaubung über ein Semester hinaus ist nur bei besonders nachzuweisenden Gründen zulässig (zum Beispiel in den Fällen des Absatz 2 Buchstabe b) oder f). In diesem Fall ist das Fortbestehen des Beurlaubungsgrundes für jedes Semester im Zeitraum der Rückmeldung (Ausschlussfrist) unter Beifügung der erforderlichen Unterlagen erneut nachzuweisen. Während der Beurlaubung für mehr als sechs Monate ruhen die Mitgliedschaftsrechte und -pflichten (§ 10 HG NRW). Beurlaubte Studierende sind nicht berechtigt, Leistungsnachweise, Teilnahmevoraussetzungen oder Leistungspunkte zu erwerben oder Prüfungen abzulegen, es sei denn, es handelt sich um die Wiederholung nicht bestandener Prüfungen oder den Erwerb von Leistungspunkten oder Teilnahmevoraussetzungen, die Folge eines Auslands- oder Praxissemesters sind, für das beurlaubt worden ist. Die Regelungen des § 48 Abs. 5 S. 3 bis 5 HG NRW bleiben unberührt. Wenn Leistungen aus dem Ausland angerechnet werden, die während des Urlaubssemesters erbracht wurden, wird das Urlaubssemester als Fachsemester gezählt.
- (4) Dem Antrag auf Beurlaubung sind beizufügen:
- 1. das ausgefüllte Beurlaubungsformular,
 - 2. der Nachweis über die Zahlung zu entrichtender Gebühren und Beiträge,
 - 3. geeignete Nachweise zur Belegung eines wichtigen Grundes,
 - 4. schriftliche Begründung des Antrages in den Fällen des § 8 Abs. 2 Buchstabe i. § 3 Abs. 3 Nr. 10 bleibt unberührt.
- (5) Der Antrag auf Beurlaubung ist, mit Ausnahme des Grundes nach Absatz 2 Buchstabe a, grundsätzlich während der Rückmeldefristen zu stellen; über Ausnahmen entscheidet der Studierendenservice. Eine Beurlaubung für ein abgelaufenes Semester ist nicht zulässig.
- (6) Eine Beurlaubung für das erste Fachsemester ist grundsätzlich nicht zulässig, außer in den Fällen des § 8 Absatz 2 Nr. a und b und f.

§ 9 Studiengangwechsel

Der Wechsel eines Studienganges ist bei der Hochschule Hamm-Lippstadt zu beantragen; er bedarf ihrer Zustimmung. Für den Wechsel eines Studienganges gelten die Bestimmungen über die erstmalige Einschreibung entsprechend. Bei Studiengängen, die zum Wintersemester beginnen, ist zum Wintersemester ein Einstieg ausschließlich in ungerade Fachsemester,

zum Sommersemester ausschließlich ein Einstieg in gerade Semester möglich. Bei Studiengängen, die zum Sommersemester beginnen, ist zum Wintersemester ein Einstieg ausschließlich in gerade Fachsemester, zum Sommersemester ausschließlich ein Einstieg in ungerade Semester möglich. Studiengangwechsler, die in das 1. Fachsemester eines Studienganges wechseln wollen, müssen am üblichen Bewerbungsverfahren teilnehmen. Der Antrag auf Studiengangwechsel ist innerhalb der Rückmeldefristen zu stellen.

§ 10 Zweithörerinnen und Zweithörer

- (1) Eingeschriebene und nicht beurlaubte Studierende an derer Hochschulen können auf Antrag als Zweithörerinnen und Zweithörer mit der Berechtigung zum Besuch von Lehrveranstaltungen und zur Ablegung studienbegleitender Prüfungen zugelassen werden. Die Zulassung kann von der Hochschule versagt werden, wenn und soweit Einschränkungen des Besuchs von Lehrveranstaltungen gemäß § 59 HG NRW bestehen. Vor einer Entscheidung nach Satz 2 ist das Präsidium zu hören.
- (2) Eingeschriebene und nicht beurlaubte Studierende anderer Hochschulen können bei Vorliegen der Voraussetzungen nach § 1 Abs. 2 und Abs. 3 Satz 2 dieser Ordnung als Zweithörerinnen oder Zweithörer für das Studium eines weiteren Studienganges zugelassen (großer Zweithörer) werden. Die Zulassung zu mehreren Studiengängen ist im Rahmen des § 77 Absatz 1 Satz 3 HG NRW möglich.
- (3) Zweithörerinnen und Zweithörer werden nicht eingeschrieben; sie werden durch die Zulassung und für die Dauer der Zulassung Angehörige der Hochschule, ohne Mitglieder zu sein. Die Vorschriften für die Einschreibung, ihre Versagung, die Rückmeldung und die Exmatrikulation finden sinngemäß Anwendung. Der Antrag auf Zulassung ist innerhalb der von der Hochschule nach § 3 Abs. 2 Satz 1 festgesetzten Frist zu stellen. Mit dem Antrag auf Zulassung als Zweithölerin oder Zweithörer ist die Studienbescheinigung der anderen Hochschule und der Nachweis über die Zahlung des Zweithörerbeitrags nach der Studienbeitragssatzung der Hochschule Hamm-Lippstadt in der jeweils aktuellen Fassung vorzulegen. Es wird eine Bescheinigung über die Zulassung für bestimmte Lehrveranstaltungen oder einen Studiengang ausgestellt.
- (4) Als Ausnahme von Absatz 1 werden die Studierenden von Partnerhochschulen der Hochschule Hamm-Lippstadt, die im Rahmen des Austauschprogramms vorübergehend an der Hochschule Hamm-Lippstadt studieren und studienbegleitende Prüfungsleistungen ablegen wollen, für die in den Kooperationsverträgen jeweils vereinbarte Dauer gemäß § 1 eingeschrieben.

§ 11 Gasthörerinnen und Gasthörer

- (1) Personen, die einzelne Lehrveranstaltungen an der Hochschule besuchen wollen, können nach Anhörung des Präsidiums auf Antrag als Gasthölerin oder Gasthörer im Rahmen der vorhandenen Studiemöglichkeiten zugelassen werden. Der Nachweis der Qualifikation nach § 2 ist nicht erforderlich.
- (2) Für die Zulassung ist die Gasthörergebühr nach der Studienbeitragssatzung der Hochschule Hamm-Lippstadt in der jeweils geltenden Fassung zu zahlen.
- (3) Für Gasthörerinnen und Gasthörer gilt § 10 Abs. 3 Satz 1 und 5 entsprechend.

- (4) Gasthörerinnen und Gasthörer können eine Bescheinigung über die Teilnahme an Lehrveranstaltungen erhalten. Mit Ausnahme des § 62 Absatz 3 HG NRW besteht keine Berechtigung, Prüfungen abzulegen.
- (5) Gasthörerinnen und Gasthörer im Sinne dieser Vorschrift sind auch Teilnehmende an Weiterbildungsveranstaltungen der Hochschule, sofern sie nicht unter den in § 1 Abs. 2 genannten Voraussetzungen als Studierende eingeschrieben werden. Soweit wegen der Art oder des Zwecks der Weiterbildungsveranstaltung eine Begrenzung der Teilnehmerzahl festgelegt wurde, werden Bewerbungen in der Reihenfolge ihres Eingangs nur insoweit berücksichtigt, als dies der festgelegten Teilnehmerzahl entspricht. Bei mehreren zeitgleich eingegangenen Anträgen entscheidet das Los.

§ 12 Jungstudierende

Schülerinnen oder Schüler, die nach dem einvernehmlichen Urteil von Schule und Hochschule besondere Begabungen aufweisen, können im Einzelfall als Jungstudierende außerhalb der Einschreibungsordnung zu Lehrveranstaltungen und Prüfungen zugelassen werden. Ihre Studien- und Prüfungsleistungen werden auf Antrag bei einem späteren Studium angerechnet.

§ 12a Doktorandinnen und Doktoranden

- (1) Doktorandinnen und Doktoranden, die nach dem Promotionsrecht des Promotionskollegs NRW promovieren, werden an der Hochschule immatrikuliert, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:
 1. Erfüllung der Zugangsvoraussetzungen für das Promotionsverfahren gem. § 67 Abs. 4 HG NRW i.V.m. § 5 Rahmenpromotionsordnung des Promotionskollegs NRW (RPO) sowie den Promotionsordnungen der jeweiligen Abteilungen des Promotionskollegs NRW und
 2. Nachweis über die Annahme als Doktorandin oder Doktorand in einer der Abteilungen des Promotionskollegs NRW. Die Immatrikulation an der Hochschule kann unter Vorbehalt in der Regel befristet für ein Semester, maximal jedoch für ein Jahr vor erfolgter Annahme am Promotionskolleg NRW auf der Grundlage der Betreuungszusage eines professoralen Mitglieds des Promotionskollegs NRW erfolgen.
- (2) Die Einschreibung als Doktorandin oder Doktorand kann jederzeit erfolgen. Die Einschreibung wird in das Semester vorgenommen, in dem der Antrag eingegangen ist, sofern im Antrag die Einschreibung nicht für das folgende Semester beantragt wurde. Der Semesterbeitrag ist in voller Höhe zu entrichten.
- (3) Die Einschreibung ist in der Regel auf fünf Jahre befristet. Während dieses Zeitraums ist eine regelmäßige, semesterweise Rückmeldung gem. § 7 erforderlich. Über die Verlängerung der Befristung entscheidet der Promotionsausschuss der entsprechenden Abteilung des Promotionskollegs NRW. Im Falle einer Beurlaubung gem. § 8 wird die Dauer der Einschreibung um den Zeitraum der Beurlaubung verlängert.
- (4) Die Hochschule Hamm-Lippstadt erhebt von Promovierenden zusätzlich zu den in §§ 1 Abs. 6, 3 Abs. 3 genannten, folgende Daten, die zur rechtmäßigen Erfüllung der in ihrer Zuständigkeit liegenden Aufgaben erforderlich sind:
 1. Angaben zur Art der Promotion, zum Promotionsfach und zum Promotionsthema,
 2. Angaben zur Abteilung und zum Promotionsprogramm,
 3. Datum der Annahme als Doktorandin oder Doktorand in der Abteilung,
 4. Angaben zum angestrebten Doktorgrad,
 5. Beschäftigungsverhältnis im Promotionskolleg NRW,
 6. Datum des Beginns und des voraussichtlichen Abschlusses der Promotion,
 7. Angaben zum Betreuungsteam und zur Betreuungszusage,
 8. Sprache der Dissertation, sofern diese nicht Deutsch ist,
 9. bei gemeinsamer Promotion der Name der Zweitdoktorandin oder des Zweitdoktoranden,
 10. Angaben zu kooperierenden Hochschulen bei einer Promotion in gemeinsamer Betreuung mit promotionsberechtigten Hochschulen und gemeinsamer Grad-Verleihung und bei kooperativer Promotion mit nicht promotionsberechtigten Hochschulen über das Promotionsrecht des Promotionskollegs NRW,
 11. gegebenenfalls Exposé zum Promotionsthema.
- (5) Die erhobenen Daten können in Erfüllung des § 67b Abs. 4 HG NRW an das Promotionskolleg NRW zum Zweck des Abgleichs der Einschreibevoraussetzungen, der Angaben für statistische Meldungen sowie der Dauer des Promotionsverfahrens weitergegeben werden.
- (6) Im Übrigen gelten die Vorschriften dieser Einschreibungsordnung für Doktorandinnen und Doktoranden entsprechend.

§ 13 Schlussvorschriften

- (1) Diese Änderung und Neufassung der Einschreibungsordnung tritt am Tag nach der Veröffentlichung in den Amtlichen Mitteilungen der Hochschule Hamm-Lippstadt in Kraft.
- (2) Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 12 Abs. 5 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG NRW) eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Ordnungs- oder des sonstigen autonomen Rechts der Hochschule nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn
 - a) die Ordnung ist nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht worden,
 - b) das Präsidium hat den Beschluss des die Ordnung beschließenden Gremiums vorher beanstandet,
 - c) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Hochschule vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift

- und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt, oder
- d) bei der öffentlichen Bekanntmachung der Ordnung ist auf die Rechtsfolge des Rügeausschlusses nicht hingewiesen worden.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Senats der Hochschule Hamm-Lippstadt vom 16.10.2023.

Hamm, den 31.10.2023

gez. Prof. Dr.-Ing. Kira Kastell
Präsidentin der Hochschule Hamm-Lippstadt